

Dr. Ing. Horst Hoppe

Sand im Getriebe der freien Marktwirtschaft Der Zielkonflikt Einzelunternehmen / Gesamtwirtschaft

Stärken und Schwächen der freien Marktwirtschaft

Die freie Marktwirtschaft war in den letzten 50 Jahren außerordentlich erfolgreich. Die Menge und die Qualität der produzierten Güter und Dienstleistungen ist enorm gewachsen. Das Konkurrenzmodell Planwirtschaft hat sich als weit unterlegen erwiesen. Das lässt sich am besten an dem „Experiment Deutschland“ ablesen. Bei der Wiedervereinigung war die Produktivität der BRD 3 mal so hoch wie die der DDR.

In den letzten Jahren mehren sich allerdings negative Erscheinungen. Die Arbeitslosigkeit wächst. Produktionsanlagen bleiben unausgelastet. Riesige Geldmengen werden statt in Sachkapital in Spekulationen angelegt. Die Planbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung schwindet. Die Entwicklung der neuen Bundesländer kommt nur langsam voran. Allenthalben wächst die Unsicherheit.

Dabei sind alle makroökonomischen Voraussetzungen für ein zügiges Wachstum der Wirtschaft gegeben. Der Bedarf an Gütern und Dienstleistungen ist unbegrenzt. Arbeitskraft ist reichlich vorhanden. Sachkapital gibt es ebenfalls im Überfluss, bei Bedarf könnte es noch leicht aus dem vagabundierenden Finanzkapital aufgestockt werden. Das Know-how über Fertigungstechniken, Organisation und Marketing wird ständig erweitert. Unternehmer und Manager sind unverändert hoch motiviert, ihre Produktion auszuweiten.

Warum schaffen wir es nicht, diese Ressourcen auszuschöpfen? Wir könnten einen beträchtlichen Anstieg der Produktion von Gütern und Dienstleistungen erreichen. Alle am Wirtschaftsleben Beteiligten würden davon profitieren, niemand erlitte einen Nachteil.

Der Zielkonflikt Einzelunternehmen/Gesamtwirtschaft

Die makroökonomischen Modelle der freien Marktwirtschaft gehen davon aus, dass alle Teilnehmer am freien Markt versuchen, für sich selber den größtmöglichen Nutzen zu erreichen. Das Erfolgsgeheimnis der freien Marktwirtschaft ist, dass trotz dieser rein egoistischen Antriebe der größtmögliche Nutzen für alle eintritt.

Auch von der Wirtschaft wird angenommen, dass sie den größtmöglichen gesamtwirtschaftlichen Nutzen anstrebt. Das entspricht leider nicht der Realität. Die Wirtschaft als Ganzes hat keinen eigenen Antrieb, sie trifft keine Entscheidungen und kann damit auch kein Gesamtziel anstreben. Den Antrieb und die Entscheidungskompetenz haben die einzelnen Unternehmen. Sie aber sind ausschließlich am Nutzen ihres eigenen Unternehmens orientiert. Sie wollen den Shareholdervalue ihres Unternehmens vergrößern, also höhere Gewinne erzielen und ihr Unternehmen weiter ausbauen. Der Nutzen der Gesamtwirtschaft oder der Volkswirtschaft sind den Einzelunternehmen gleichgültig.

In den folgenden Fallbeispielen wird gezeigt, dass die Verfolgung der Einzelinteressen nicht zu einem optimalen Ergebnis für die Gesamtwirtschaft führt. Hier liegt ein der freien Marktwirtschaft sehr abträglicher Zielkonflikt zwischen den einzelnen Unternehmen und der Gesamtwirtschaft vor.

Produktion und Kaufkraft

Bevor die Fallbeispiele dargestellt werden, muss noch an einen fundamentalen Sachverhalt der freien Marktwirtschaft erinnert werden. Das Geld für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen kommt ausschließlich aus der Wirtschaft. Es können also nur Güter und Dienstleistungen für diejenige Geldmenge gekauft werden, die die Wirtschaft vorher als Löhne und Steuern an die Haushalte und den Staat ausgegeben hat. Die Wirtschaft produziert nicht nur die Güter und Dienstleistungen, sie gibt auch die „Bezugsscheine“ dafür aus.

Das ist natürlich eine stark vergrößerte Aussage. Auf die Feinheiten und Umwege der Geldströme wird bewusst verzichtet, um die Kernaussage nicht durch die Komplexität der Strukturen unkenntlich zu machen.

Fallbeispiele

Fallbeispiel 1 „Verlagerung in Billigland“

Das Unternehmen A lagert Teile seiner Produktion in ein Billigland aus und spart damit bei gleicher Produktionsmenge jährlich 100 Mio. Euro an Lohnkosten und Steuern. Damit sinkt die Kaufkraft der Haushalte und des Staates um eben diese 100 Mio. Euro. Das trifft im allgemeinen nicht das auslösende Einzelunternehmen sondern die Gesamtwirtschaft. Sie muss ihre Produktion um 100 Mio. Euro senken. Es werden dementsprechend viele Arbeitsplätze abgebaut. Damit sinkt das Lohnaufkommen und die Kaufkraft weiter ab. Die Rezession ist in Gang gesetzt.

Weit häufiger noch wird das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Kaufkraft durch Produktivitätssteigerungen ausgelöst. Besonders prekär ist, dass jedes Jahr aufs Neue eine kurzfristige Anpassung erforderlich ist.

Fallbeispiel 2 „Produktivitätssteigerung“

Unsere jährliche Produktivitätssteigerung beträgt etwa 2%. Um die zusätzlichen 2% an Gütern und Dienstleistungen zu verkaufen, müssen die Löhne und Steuern entsprechend angehoben werden. Ohne Anpassung bleiben 2% der Produktionskapazität unausgelastet, 2% der Mitarbeiter werden entlassen. Damit sinkt die Kaufkraft zusätzlich. Die Rezession ist in Gang gesetzt.

Überdurchschnittlich erfolgreiche Unternehmen verschärfen die Problematik noch.

Fallbeispiel 3 „Das überdurchschnittlich erfolgreiche Unternehmen“

Ein Unternehmen schafft es, größere Produktivitätssteigerungen als seine Mitbewerber zu erzielen. Dass damit die Lücke zwischen Produktion und Kaufkraft noch zusätzlich vergrößert wird, ist zweitrangig. Bedeutsam ist, dass unser Unternehmen erst recht keinen Anlass sieht, eine Anpassung vorzunehmen, denn die negativen Folgen der unausgelasteten Produktionsanlagen werden die weniger wirtschaftlich produzierenden Mitbewerber treffen. Ein zusätzlicher Wettbewerbsvorteil für unser Unternehmen.

Die simplen aber charakteristischen Fallbeispiele zeigen, dass ein Ausgleich zwischen Produktion und Kaufkraft zwingend erforderlich ist. Wird der Ausgleich unterlassen oder unvollständig ausgeführt, werden die wirtschaftlichen Ressourcen nicht vollständig genutzt und damit nicht das Angebot an Gütern und Dienstleistungen produziert, das möglich wäre. Es treten genau die negativen Erscheinungen auf, die oben beschrieben wurden. Daraus müssen wir schließen, dass bei uns zur Zeit die Kaufkraft zu gering ist. Besonders fatal ist, dass der Zustand sich nicht von allein stabilisiert, sondern sich noch permanent verschlechtert, wenn kein regulierender Eingriff von außen erfolgt.

Der Ausgleich von Produktion und Kaufkraft kann natürlich auch durch Preissenkungen erreicht werden. Dieser Weg wurde in der Vergangenheit aber kaum beschritten. Aus psychologischen Gründen ist es für die Beteiligten angenehmer, wenn der steigende Wohlstand sich auch in nominal steigenden Einkommen und Umsätzen dokumentiert.

Derzeitige Therapiemaßnahmen

Die wenigen zur Zeit praktizierten oder diskutierten Therapiemaßnahmen treffen nicht das Kernproblem. Überwiegend zielen sie nur auf unser Arbeitslosenproblem.

Die Unternehmen und die Wirtschaftsverbände fordern eine „Verbesserung des Standortes Deutschland“, also die Senkung von Löhnen und Unternehmenssteuern. Davon profitieren aber nur die Einzelunternehmen, gesamtwirtschaftlich ist diese Maßnahme sogar von Nachteil. Die Lücke zwischen Produktion und Kaufkraft wird noch vergrößert. Bestenfalls wird dadurch die Verschiebung von Arbeitsplätzen in Billigländer verlangsamt.

Effektivere Arbeitsvermittlung, staatliche Zuschüsse zu Arbeitsplätzen, Programme wie „Fordern statt Fördern“ sind zweitrangige Korrekturversuche zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Zur Lösung des Grundproblems tragen sie nichts bei.

Die Forderung nach mehr Staatsausgaben unter Inkaufnahme höherer Verschuldung zielt zwar in die richtige Richtung ist aber nur ganz kurzzeitig einsetzbar und geht auf Kosten der Zukunft.

Die Rolle der Teilnehmer am freien Markt

Von den Einzelunternehmen kann kein Beitrag zur Lösung erwartet werden. Sie haben nur ein Ziel: den Shareholdervalue ihres Unternehmens so hoch wie möglich zu steigern.

Die Wirtschaftsverbände vertreten die Interessen der Unternehmen. Selbst bei Akzeptanz der obigen Argumentation könnten sie die Unternehmen nicht dazu bewegen, in gesamtwirtschaftlichem Interesse zu handeln.

Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag erbracht, indem sie für Lohnerhöhungen gesorgt haben. Ihr Beweggrund dazu war dabei weniger die Einsicht in die makroökonomischen Zusammenhänge als ihr Bestreben, im Verteilungskampf einen möglichst großen Brocken für ihre Mitglieder zu ergattern. Als Machtmittel setzten sie die organisierte Arbeitsverweigerung, also den Streik, ein. Seit der Globalisierung mit der gewachsenen Möglichkeit, Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlagern, und den steigenden Arbeitslosenzahlen ist dieses Machtmittel abgestumpft. Schon die Drohung, Arbeitsplätze seien gefährdet, macht die Gewerkschaften gefügig.

Ganz ähnlich geht es dem Staat mit den Unternehmenssteuern. Früher hat er die Steuern nach seinem Bedarf festgesetzt. Seitdem die Unternehmen immer mehr Firmensitze und Gewinne in Länder mit günstigeren Steuersätzen verlagern, senkt der Staat die Steuern, um wenigstens das Auslagerungstempo zu bremsen. Auch hier genügen bereits Drohungen. Allerdings gibt es einen Ansatzpunkt, die Situation langfristig zu verbessern. Die ortsgebundenen Unternehmenssteuern müssen in verbrauchsgebundene Steuern umstrukturiert werden. Verbraucher können nur sehr viel schwerer ins Ausland ausweichen als Unternehmen.

Die Haushalte können nichts zur Verbesserung der Situation beitragen. Bei unserer hohen Arbeitslosigkeit können nur die wenigsten höhere Löhne durchsetzen.

Was können wir tun?

Beginnen müssen wir wohl mit mehr Öffentlichkeitsarbeit. In der Wirtschaftspolitik und in der Wissenschaft müssen die folgenden fundamentalen Sachverhalte der freien Marktwirtschaft jedem bewusst sein:

1. *Die freie Marktwirtschaft kann nur dann die wirtschaftlichen Ressourcen voll ausschöpfen, wenn die Kaufkraft genügend groß ist, um die produzierten Güter und Dienstleistungen zu bezahlen.*
2. *Die Kaufkraft wird ausschließlich durch der Wirtschaft von den von ihr bezahlten Löhnen und Steuern erzeugt.*

Erst wenn diese beiden Kernaussagen breit im Bewusstsein der am Wirtschaftsleben Beteiligten verankert sind, können wir hoffen, dass sich der Staat und die Gewerkschaften wieder selbstbewusster für die Erhöhung der Kaufkraft einsetzen und die Einzelunternehmen nicht mehr ganz so blind ihr Eigeninteresse verfolgen. Den Einzelunternehmen wird dadurch keineswegs geschadet. Wenn alle Einzelunternehmen in gleichem Maße gezwungen werden, ihre Ausgaben für Löhne und Steuern erhöhen, bleibt die Wettbewerbssituation unbeeinflusst. Aber alle Teilnehmer am Markt profitieren von der umfangreicheren Nutzung der Ressourcen.

Vielleicht fällt einem besonders kreativen Menschen auch eine neuartige - am besten eine selbstregulierende - Lösung ein. Der Nobelpreis wäre ihm sicher.

Über die Erwerbsarbeit als Basis des Einkommens müssen wir sowieso sehr bald nachdenken. Denn diese Basis wird durch den fortschreitenden Einsatz von Maschinen und Computern immer kleiner und sie verändert ihre Struktur. Am Ende bleiben überwiegend die anspruchsvollen Aufgaben für Manager, Fachspezialisten und Kreative. Woher soll das Gros der Haushalte sein Einkommen beziehen und wie soll es bemessen werden?

[Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik](#)